

Bündnis 90 / Die Grünen, Ortsverband Hungen

Pressemitteilung vom 28. Dezember 2023

Hungener Grüne: Waldwildnisfonds war die richtige Entscheidung

Warum sich nicht freuen, wenn man mit der Erhaltung natürlicher Wälder Geld verdienen kann?

Wer sagt, dass Ökonomie und Ökologie sich grundsätzlicher widersprechen, irrt.

Zumindest sehen die Hungener Grünen in der Teilnahme der Stadt Hungen am

Bundesprogramm "Wildnis" beide Aspekte in vorbildlicher Weise miteinander

verbunden. Durch die Entscheidung etwas über 16 Prozent der Fläche des

Stadtwaldes in den Gemarkungen Villingen und Langd (ca. 175 Hektar) in das

Waldwildnisgebiet "Westlicher Vogelsberg" einzubringen, konnte mit einer

Gesamtgröße von 1.200 Hektar - nach dem Nationalpark "Kellerwald" - das

zweitgrößte Waldgebiet Hessens entstehen, das zukünftig einer natürlichen

Entwicklung überlassen wird. "Neben der hoher Wertigkeit solcher Wildnisflächen für

Hochwasserschutz und Grundwasserneubildung sowie Kühlung, CO2-Fixierung und

Biodiversität, ist insbesondere die Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels

im Vergleich zu den meisten bewirtschafteten Forsten von Bedeutung," erläutert

Frank Bernshausen, Mitglied der Grünen-Fraktion im Hungener Stadtparlament.

Soviel zu den unbestrittenen Vorteilen hinsichtlich des Aspektes Ökologie, von der

die angrenzenden Regionen unzweifelhaft im hohen Maße profitieren.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Stadt Hungen für die Überlassung einzig der Nutzungsrechte am Holz hierfür 4.300.000,- Euro erhalten hat, ist diese Entscheidung auch unter ökonomischen Aspekten die richtige gewesen. Um diese Zahl im Vergleich zur Waldbewirtschaftung ins richtige Verhältnis zu setzen, muss man sie mit der Einnahmesituation des Hungener Stadtwaldes in der Vergangenheit betrachten. In den letzten Jahren wurden im Hungener Stadtwald mit einer Gesamtgröße von knapp 1.200 Hektar - wenn überhaupt - nur geringfügige Überschüsse erwirtschaftet. Im aktuellen Jahr wird erneut ein Verlust ausgewiesen. Sogar einen fiktiven Gewinn von 50.000,- Euro für die gesamte Stadtwaldfläche zugrunde gelegt, ergäbe dies bei



175 Hektar Fläche, bei welcher auf Holznutzung verzichtet wird, Mindereinnahmen von knapp 7.300,- Euro im Jahr. Soviel hätte man hier bei gleichbleibenden Gewinnen erst nach 590 Jahren Holzwirtschaft auf der jetzigen Waldwildnisfläche erlöst. Wer hier finanzielle Verluste für die Stadt Hungen hinsichtlich der zukünftigen Waldbewirtschaftung befürchtet, muss sich fragen lassen, welches Verständnis vom wirtschaftlichen Führen eines Betriebes hier zugrunde gelegt wird.

Dies gilt umso mehr, wenn man den Vermögenswert des Hungener Stadtwaldes betrachtet, der sich im Holzvorrat widerspiegelt. Dieser ist in den letzten Jahren von über 320 Festmeter je ha auf etwa 270 Festmeter je ha geschrumpft. Ergo hat der Hungener Stadtwald Holz in einer Größenordnung von ca. 60.000 Festmetern verloren. Dies einzig als Folge von Sturmereignissen und Dürreschäden zu sehen, greift zu kurz. Mit einem jährlichen Hiebsatz von knapp 6 Festmetern je Hektar wurde bis in die jüngere Vergangenheit nahezu der gesamte Zuwachs genutzt, anstatt den ursprünglichen Vorrat (welcher schon unter dem hessischen Durchschnittsvorrat von ca. 330 Festmetern gelegen hat) wieder aufzubauen. Somit wurde ein Vermögensverlust in Millionenhöhe angesammelt, dessen ökonomische Auswirkung im jährlichen Waldwirtschaftsplan noch gar nicht aufgeführt wird. Daher wird die aktuelle Reduktion des Hiebsatzes von Seiten der Hungener Grünen ausdrücklich als Zeichen einer zukünftig nachhaltigeren Waldbewirtschaftung begrüßt, obwohl sie erst einmal zu Mindereinnahmen führen wird.

Nicht begrüßenswert ist allerdings nach Ansicht der Grünen die Tatsache, dass die Verwendung der 4.300.000,- Euro nicht dem Hungener Wald oder anderen Projekten mit dem Ziel nachhaltiger Daseinsvorsorge zu Gute kommen soll. Der von den Mehrheitsfraktionen schon im März 2023 geforderten Prüfung, inwieweit das Geld in einer Stiftung anzulegen sei, sowie dem Beschluss zur Vorbereitung einer Stiftungsgründung im September 2023, wurde seitens der Verwaltung nur sehr zögerlich nachgekommen. In wieweit die vorgebrachten Stellungnahmen des Städte- und Gemeindebundes sowie einer Beratungsgesellschaft, die bezeichnenderweise den Parlamentariern erst im November zur Verfügung gestellt worden waren, unüberwindliche Hindernisse für eine Stiftungsgründung darstellen, oder nur die komplexen Anforderung an die Gründung einer solchen Stiftung darstellen, sei dahingestellt. Immerhin hat die Stadt Laubach ihren gesamten Wald in eine Stiftung



überführt. Dass man eine solche Prüfung mehr als ein halbes Jahr verschleppt, ist für die Grünen nicht nachvollziehbar. Folglich und ohne Not verzichtet man daher auf dauerhafte Einnahmen aus einem Stiftungsvermögen von ca. 150.000,- Euro im Jahr. "Hier kann man sehen," sagt der Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Hungener Stadtparlament, " dass die Vereinbarung von Ökonomie und Ökologie nicht grundsätzlich zum Scheitern verurteilt ist, aber daran scheitern kann, wenn der politische Wille fehlt – oder schlicht nicht umgesetzt wird."

Redaktion:

Gerhard Weissler

-Schriftführung-

Bündnis 90 / Die Grünen

Ortsverband Hungen

Robert-Koch-Straße 20

35410 Hungen

Telefon: 06402-7600

E-Mail: info@gruene-hungen.de